

Beschluss des Landrats vom 17.10.2019

Nr. 190

26. Baselbieter Energiepaket: Befreiung der Förderbeiträge von der Einkommenssteuer 2019/467; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab.

Stephan Burgunder (FDP) hält fest, die Klimaerwärmung beschäftige und mobilisiere. In den vergangenen Jahren wurde mit dem Baselbieter Energiepaket sehr viel erreicht: Seit 2010 wurden 255 Gigawattstunden an fossiler Energie eingespart. Das entspricht über 400 Bahnwaggons mit Heizöl. Dieser Klimaschutz funktioniert und ist mehrheitsfähig. Im Rahmen des Energiepakets übernimmt der Hauseigentümer 90 % der Kosten und 10 % sind Fördermittel. Der Steuerzahler muss die Fördergelder noch versteuern, und zwar meist in der Folgeperiode, wobei sich aufgrund von Verzögerungen in der Auszahlung aufgrund der Progression eine überproportionale Erhöhung ergibt. Das ist für die Betroffenen frustrierend, weshalb kreative Ansätze gefordert sind. Der Regierungsrat wird aufgefordert zu überlegen, was man tun könnte.

Markus Dudler (CVP) erklärt, die CVP/GLP-Fraktion begrüsse die Fördermassnahmen im Rahmen des Energiepakets sowie ein solid ausgestattetes Energiepaket. Die Forderungen der Motion widersprechen dem Steuersystem. Damit würde ein Präzedenzfall für andere Bereiche geschaffen. Anstatt ein weiteres bürokratisches Steuersystemelement einzuführen, sollten die Fördergelder eher grosszügiger ausgestaltet werden.

Peter Hartmann (Grüne) pflichtet dem Vorredner bei. Die Haltung der Fraktion Grüne/EVP ist dieselbe. Die Haltung des Regierungsrats ist nachvollziehbar.

Thomas Noack (SP) schliesst sich den beiden Vorrednern an. Die SP-Fraktion ist derselben Meinung, begrüsst es aber, wenn alle das Energiepaket entsprechend unterstützen und gezielt mehr gefördert werden kann als das, was bisher getan wird.

Florian Spiegel (SVP) kann sich gut vorstellen, das Energiepaket auszuweiten oder die Fördergelder zu erhöhen. Aber dazu gehört auch, dass die Fördergelder nicht zum Einkommen hinzuge-rechnet werden. Die Antwort des Regierungsrats ist etwas einfach. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass er mehr Handlungsspielraum bzw. mehr Möglichkeiten hat, um Lösungen zu finden und bittet darum, dies auch zu tun. Die SVP-Fraktion wird die Überweisung unterstützen.

Urs Kaufmann (SP) kann das Votum von Markus Dudler unterstützen. Es ist wichtiger, höhere Förderbeiträge auszurichten anstatt neue Steuergeschenke zu machen. Die Erhöhung der Förderbeiträge ist eine gerechtere Massnahme. Steuereinsparungen gibt es im Bereich der energetischen Mehrinvestitionen bereits, da diese abzugsfähig sind. Das bisherige System ist gut und richtig. Die Motion ist abzulehnen.

Markus Meier (SVP) erklärt, ein wenig Kreativität würde sich lohnen. Einerseits wird der Beitrag besteuert und andererseits erhöht der Beitrag auch das steuerbare Einkommen, und man rutscht in eine höhere Progressionsstufe. Dies, weil man etwas getan hat, was gefördert wird und der Umwelt zugutekommt. Das ist ein Anachronismus, der näher betrachtet werden sollte.

Andreas Dürr (FDP) ist erstaunt über die Ablehnung der Motion durch die linke Seite. Wer die Sanierungen vornimmt, tut etwas für die Umwelt. Es handelt sich um eine Weltbildfrage: Ein Steu-

erabzug ist nicht gut, aber Geld an alle verteilen ist gut. Es ist undenkbar, denjenigen etwas zurückzugeben, die etwas versteuern. Hingegen gibt man denjenigen 30 % etwas, die nichts versteuern; die können nicht abziehen, weil sie nichts zahlen. Der Redner findet ein solches Denken schade. Wer investiert und Steuern zahlt, sollte einen Anreiz erhalten. Es ist möglich, im Rahmen der Steuerharmonisierung kreative Lösungen zu suchen. Vielleicht muss sich der Kanton auch in irgendeiner Form in Bern für das Anliegen stark machen. Der Förderbeitrag deckt nicht die ganze Investition ab.

Urs Kaufmann (SP) ist missverstanden worden. Es gibt eine grosse Steuerbefreiung für Leute, die energetische Investitionen vornehmen. Die können ihre Mehrinvestitionen bereits heute von den Steuern abziehen. Das ist ein gutes Steuerbefreiungsvehikel. Was die andere Seite fordert, gibt es bereits. Es geht nur noch darum, ob der abzugsberechtigte Betrag netto oder brutto betrachtet wird. Dort kommt das Fass zum Überlaufen. Es gibt bereits grosse Abzugsmöglichkeiten und braucht nicht noch mehr. Lieber sind dem Redner gerechte Beiträge, die für alle angehoben werden, damit der Anreiz für alle gleich ist. Der Steueranreiz ist wichtig im Bereich von energetischen Investitionen, aber es gibt ihn bereits. Der muss nicht verstärkt werden.

Hanspeter Weibel (SVP) bedankt sich für die Voten von Andreas Dürr und Urs Kaufmann. Von letzterem wurde der Redner an der letzten Sitzung als Rappenspalter bezeichnet, was dieser als Kompliment aufgefasst hat. Was tut man hier? Es wird hin und her gerechnet: Man erhält einen Beitrag, weil es die Allgemeinheit für sinnvoll hält, dass man investiert, und dass dies wieder versteuert werden muss. Das würde der Redner aus ökonomischen Gründen nicht tun.

Yves Krebs (GLP) hat vor einigen Wochen den Vorstoss von Stefan Degen zu einer Flat-Rate-Tax mit Überzeugung angenommen. Die heutige Diskussion stimmt damit nicht überein. Ausserdem gab es sie in der Politik bereits oft, im Zusammenhang mit Kinderzulagen und AHV, die ebenfalls nicht vom Einkommen abgezogen werden können.

Felix Keller (CVP) durfte selber aus den Förderbeiträgen Nutzen ziehen. Ein Beispiel: Gibt man CHF 50'000 für eine Dachisolation aus, kann dies von den Steuern abgezogen werden. Erhält man einen Förderbeitrag von CHF 5'000, beträgt die Ausgabe effektiv CHF 45'000. Das kann von den Steuern abgezogen werden. Sollen dann noch als Bonus die CHF 5'000 abgezogen werden können? Das versteht der Redner nicht.

Dominique Erhart (SVP) erklärt, die Aussage des Vorredners stimme nur, wenn eine Liegenschaft saniert werde. Bei einem Neubau ist kein Abzug möglich. Werden für CHF 100'000 spezielle energetische Massnahmen realisiert, erhält man einen Beitrag, aber von den Steuern kann nichts abgezogen werden. Bei der Grundstückgewinnsteuer kann dieser nur geltend gemacht werden, wenn in 30 Jahren vielleicht das Haus verkauft wird. Will man der Umwelt Sorge tragen, sollen die Leute belohnt werden, die investieren. Dann erscheint es sinnlos, wenn ein Förderbeitrag als Einkommen versteuert werden muss.

Saskia Schenker (FDP) erklärt mit Bezugnahme auf das Beispiel von Felix Keller, mit der Überweisung des Vorstosses können nicht CHF 5'000 mehr abgezogen werden. Heute müssen CHF 5'000 mehr versteuert werden, weil sie dazugerechnet werden. Damit erhöht sich das Einkommen. Der Förderfranken soll gestärkt werden und damit der Anreiz, zu sanieren.

Marco Agostini (Grüne) fragt, ob jemand, der keine Steuern zahlt und erben kann, keine Möglichkeit habe, die Investition abzuziehen. Ein Teil der Bevölkerung kann den Beitrag nicht vom Einkommen abziehen. Der Redner hat auch vom Beitrag profitiert. Den Aufwand konnte er von den

Steuern abziehen. Er wollte etwas für die Umwelt tun und hat nicht daran gedacht, ob er den Beitrag versteuern muss oder nicht.

Andreas Dürr (FDP) schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, da die gesetzliche Umsetzung auch wegen des Bundesrechts etwas problematisch sein könnte. Damit könnte der Regierungsrat das Ganze anhand von Rechenbeispielen aufzeigen.

Stephan Burgunder (FDP) sagt, wer nichts investiere, könne nichts abziehen. Wird jedoch eine Investition über das Energiepaket getätigt, werden Arbeitsplätze geschaffen und Einkommen generiert. Die Investitionen generieren zudem Mehrwertsteuereinnahmen. Am Energiepaket hängen viele Faktoren. Das Postulat soll geprüft und genau aufgezeigt werden, wie das funktioniert. Gegen Prüfen und Berichten kann niemand sein.

Saskia Schenker (FDP) erklärt, es gehe um zwei Mechanismen. Ein Förderbeitrag erhöht das Einkommen. CHF 5'000 an Förderbeitrag erhöht das steuerbare Einkommen um CHF 5'000. Dieser Mechanismus soll gebrochen werden. Somit behält der Förderfranken seinen Wert.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) gratuliert Cornelia Kissling zum Geburtstag und wünscht ihr im Namen aller Landrätinnen und Landräte alles Gute.

Thomas Noack (SP) ist überzeugt, dass die Systematik des Vorstosses durch die Umwandlung in ein Postulat nicht besser werde. Andere Subventionen und Beiträge funktionieren auf die gleiche Art und Weise. Die Beiträge, die man für Energieförderungsmaßnahmen erhält, sollen nicht ein zweites Mal von den Steuern abgezogen werden können.

://: Der Vorstoss wird, auch nach der Umwandlung in ein Postulat, mit 36:45 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
